

Niederschrift

über die 2. Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft
am Donnerstag, **28.01.2010**, 17:08 Uhr - 21:10 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Sybille Benning, Wolfhard Ediger, Georg Fehlauer (als Vertreter für Heinz Georg Buddenbäumer), Horst Kiskat (als Vertreter für Simone Wendland), Stefan Roth, Walter von Gölwels, Stefan Weber,

von der SPD-Fraktion

Thomas Fastermann, Wolfgang Heuer, Inge Jachmann, Friedhelm Schade, Karl-Heinz Winter,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Helga Bennink, Stephan Hense, Reinhard Scholz, Christine Schulz (als Vertreterin für Jörn Möltgen),

von der FDP-Fraktion

Jürgen Reuter, Hans Varnhagen,

von der Fraktion DIE LINKE.

Ursula Münsterjohann,

Sachkundige Einwohner/innen

Uwe Raffloer, Dr. Georgios Tsakalidis,

von der Verwaltung

Reinhard Adams, Gerd Franke, Michael Grimm, Nicole Hildebrandt, Jörg Krause, Andreas Kurz
Andreas Leifken, Dirk Lohaus, Michael Milde, Christian Schowe, Hartwig Schultheiß, Michael Tegtmeier, Siegfried Thielen, Ulrich Winter, Gerhard Witt,

für die Schriftführung

Regina Dittmer,

Es fehlten:

Heinz Georg Buddenbäumer, Jörn Möltgen, Christoph Thiel, Simone Wendland,

Gäste:

Herr Dr. Christoph Hoppenheit, Universitätsklinikum Münster,
Herr Stephan Triphaus, Universitätsklinikum Münster (je TOP 5.1)

Frau Isabella Lohmann, Investorenfamilie Lohmann
Herr Jörg Preckel, Architekturbüro Pfeiffer, Ellermann, Preckel (je TOP 5.2)

Herr Dr. Thomas Robbers, Wirtschaftsförderung Münster GmbH

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die 2. Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft am 28.01.2010

Tagesordnung**Öffentliche Sitzung**

- 1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder**
- 2. Genehmigung der Tagesordnung**
 - 2.1. Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit der Vorlagenersteller/innen zur Berichterstattung erforderlich ist.
- 3. Mitteilungen der Verwaltung**
- 4. Bekanntgabe von Eingaben und Anträgen**
- 5. Vorgezogene Tagesordnungspunkte mit externer Berichterstattung**
 - 5.1. Klinikkonzept des Universitätsklinikums Münster (UKM)
 - 5.2. Überarbeitung Neubauprojekt Alter Fischmarkt / Voßgasse
- 6. Informationen der Verwaltung an den neu besetzten Ausschuss**

Vorstellung der Ämter, ihrer Zuständigkeiten und ihrer Schlüsselprojekte

V/0834/2009
III

7. Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnen

- 7.1. Städtebauliche Rahmenbedingungen für die Durchführung eines Europaweiten Vergabeverfahrens zur Veräußerung der stadtwerkeeeigenen Grundstücke "ehemaliges OSMO-Gelände" sowie der zur Insolvenzmasse der Fa. Ostermann & Scheiwe GmbH & Co. KG gehörenden Grundstücke im Bereich zwischen Schillerstraße und Stadthafen 1
- 7.2. Ausbau Dortmund-Ems-Kanal - Stadtstrecke Münster: Verlegung der Lichtwellenleiter-Kabeltrasse

8. Stadtplanung

- 8.1. Grundstück Beresa Weseler Straße / Schwarzer Kamp - Sachstand und weiteres Vorgehen

mündlicher Bericht

- 8.2. Stadtbereichszentrum Mecklenbeck - Verfahrensvorschlag zur Beteiligung der Bürger

mündlicher Bericht

V/0492/2009
III

- 8.3. 29. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich östlich der Heroldstraße / südlich der Weseler Straße im Stadtteil Mecklenbeck
Beschluss zur Änderung

V/0468/2009
III

- 8.4. Vorhabenbezogene 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 342: Mecklenbeck - Weseler Straße / Autobahnzubringer (B 51 a) / Bahnstrecke Wanne-Eickel - Bremen / Heroldstraße
Kenntnisnahme des Entwurfes

V/0842/2009
III

- 8.5. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 519: Hiltrup - Westlich Meesenstiege / Milingheide
1. Beschluss über die Stellungnahmen
2. Satzungsbeschluss

- 8.6. Umnutzung/Abriss/Neubau Areal Kirche St. Elisabeth, Dortmunder Straße

mündlicher Bericht

- 8.7. Spielhalle in Mecklenbeck

9. Bauvorhaben

- 9.1. Errichtung eines LWL-Parkdecks, Karlstraße

mündlicher Bericht

- 9.2. Vorstellung der Wettbewerbsergebnisse des Studentenwerkes, Boeselagerstraße

mündlicher Bericht

10. Verkehr

V/0810/2009
III

- 10.1. Bebauungsplan Nr. 533: Wolbeck - Eschstraße (zwischen Silberbrink und Ortsumgehung)
Beschluss zur Aufstellung

V/0469/2009/1
III

- 10.2. Entschärfung der Situation für die Radfahrer auf der Schillerstraße im Bereich von der Kanalbrücke bis zum Hansaring

Anregung gemäß § 24 GO NRW von Frau Kotzke vom 26.04.2007 (Ifd. Nr. 46/2007, Anlage 1) Kanalbrücke bis zum Hansaring

V/0467/2009
III

- 10.3. Von-Esmarch-Straße - Verbesserung der Haltestelle und Fahrbahnsanierung - Umbau der Bushaltestelle "Hautklinik" (Fahrtrichtung - stadteinwärts) als Fahrbahnrandhaltestelle und ausstehende Erneuerung der Straße zwischen Fliegerstraße und Muckermannweg

V/0846/2009
III

- 10.4. Bauliche Optimierungsmaßnahmen zur Beseitigung einer Unfallhäufungsstelle im Bereich Wilkinghege/Gasselstiege

V/0688/2009
III

- 10.5. Geschwindigkeitsreduzierung auf der Dorbaumstraße
Anregung nach § 24 GO NW von Fam. Krebs vom 21.08.2009 (Ifd.Nr. 123/2009)

V/0746/2009
III

- 10.6. Querungshilfe Hohe Geest in Höhe des Spielplatzes südlich der Einmündung Gorenkamp

11. Verschiedenes

Der Ausschussvorsitzende Herr Heuer stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit des Gremiums fest, begrüßte Mitglieder, Gäste und Verwaltungsangehörige und eröffnete die Sitzung.

Punkt 1 der Tagesordnung

Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Herr Heuer verpflichtete Frau Münsterjohann, Herrn Raffloer, Frau Schulz und Herrn Dr. Tsakalidis als neue Mitglieder des Ausschusses.

Punkt 2 der Tagesordnung**Genehmigung der Tagesordnung**

Herr Heuer schlug folgende Änderungen der Tagesordnung vor:

- Absetzung des Tagesordnungspunktes 6
- Absetzung der Tagesordnungspunkte 8.3 und 8.4 und nannte in diesem Zusammenhang eine entsprechende Anregung des Vorhabenträgers an den Vorsitzenden
- Absetzung des Tagesordnungspunktes 10.4, der auch in der Bezirksvertretung Münster-Nord abgesetzt worden war.

Frau Bennink beantragte die Erweiterung um einen neuen Tagesordnungspunkt „Spielhalle in Mecklenbeck“, der als Punkt 8.7 in die Tagesordnung aufgenommen wurde.

Das Thema „Verkehrsberuhigung Rjasanstraße“ wurde unter Mitteilungen der Verwaltung behandelt.

Die so geänderte Tagesordnung wurde einvernehmlich genehmigt.

Punkt 2.1 der Tagesordnung**Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit der Vorlagenersteller/innen zur Berichterstattung erforderlich ist.**

Die Anwesenheit von Vorlagenerstellern zur Berichterstattung war nicht erforderlich für die Tagesordnungspunkte 10.5 und 10.6; für alle übrigen Punkte wurde sie erbeten.

Punkt 3 der Tagesordnung**Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Thielen informierte über den aktuellen Sachstand zum **Hauptbahnhof**. Seit Dezember liegen der Stadt im Rahmen eines formellen Beteiligungsverfahrens durch das Eisenbahnbundesamt die Entwurfsunterlagen für die Verkehrsstation inkl. Nord- und Südtunnel zur Stellungnahme vor. Die in diesem Zusammenhang vorgelegte Planung berücksichtigt die bisherigen Absprachen, insbesondere die Grundanforderungen an die barrierefreie Erschließung der Bahnsteige (Rolltreppen, Aufzüge etc.) sowie an die Breite des Südtunnels. Unabhängig von dem laufenden Verfahren werden im Nordtunnel bereits, wie bekannt erste vorbereitende Arbeiten (Leitungsverlegungen etc.) durchgeführt.

Spätestens im Februar soll gegenüber dem Eisenbahnbundesamt eine entsprechende Stellungnahme abgegeben werden. Auf Anfrage bestätigte Herr Schowe, dass in diesem Zusammenhang auch die Schnittstellen zum "Gleis 21", WLE-Trasse Berücksichtigung finden. Zum Empfangsgebäude auf der Westseite und der baulichen Entwicklung auf der Ostseite (u. a. Fahrradstation) werden zeitnah weitere Gespräche mit der Bahn folgen mit dem Ziel, gemeinsam konkrete Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

Herr Schowe berichtete, dass die beiden anhängigen Normenkontrollanträge gegen die **Zentrumserweiterung Kinderhaus** durch das Oberverwaltungsgericht abgelehnt wurden und Revision nicht zugelassen wurde.

Zum Antrag der SPD „**Verkehrsberuhigung Rjasanstraße**“ war eine schriftliche Mitteilung der Verwaltung verteilt worden. Herr Milde ergänzte hierzu, dass zur Entlastung kurzfristig eine „un-

echte“ Einbahnstraße von Richtung Gartenstraße eingerichtet werde, so dass die Durchfahrt aus Richtung Kanalstraße unterbunden werde. Zudem werde der Fahrbahntrichter eingeeengt durch das Aufstellen von „Freiburger Kegeln“ flankiert durch eine Absenkung der Bordsteine. Der Ausschuss nahm diese Maßnahmen mit Zustimmung zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung

Bekanntgabe von Eingaben und Anträgen

Herr Heuer gab die nachstehenden Anträge bekannt:

- Antrag der CDU-Fraktion vom 11.01.2010 „Entwicklungsmöglichkeiten im Stadtteil Handorf vor dem Hintergrund der Schließung des Freibades und der notwendigen Erweiterung der Sportflächen darstellen und im Zusammenhang mit dem Vorhaben der sozialen Wohnraumversorgung auf den Weg bringen“; Anlage 1
- Antrag der SPD-Fraktion vom 28.01.2010 „Informationen für die Bus-Fahrgäste verbessern: Aktuelle Verspätungsinfos per Handy und Internet ermöglichen“; Anlage 2
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 28.01.2010 zum „Landesentwicklungsplan 2025 und die Fortschreibung des Regionalplanes“; Anlage 3.

Darüber hinaus wurden zwei Änderungsanträge eingebracht:

- Von der FDP-Fraktion zur Vorlage V/0834/2009, behandelt im Zusammenhang mit Tagesordnungspunkt 7.1
- Von der SPD-Fraktion zur Vorlage V/0468/2009 und V/0492/2009, behandelt im Zusammenhang mit Tagesordnungspunkt 8.2.

Eingaben waren nicht bekannt zu geben.

Punkt 5 der Tagesordnung

Vorgezogene Tagesordnungspunkte mit externer Berichterstattung

Punkt 5.1 der Tagesordnung

Klinikkonzept des Universitätsklinikums Münster (UKM)

Herr Heuer begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt die Vertreter des Universitätsklinikums, den Kaufm. Direktor Herrn Dr. Christoph Hoppenheit sowie Herrn Stephan Triphaus vom Infrastrukturmanagement.

Vorgelegt wurde die Masterplanung Hochschulmedizin Münster 2020. Der Folienvortrag zu diesen Ausführungen war den Fraktionen im Nachgang zur Sitzung zugeleitet worden. Ziel sei, die vorhandene inhomogene Infrastruktur in drei Standorte Forschung – Zentraler Campus – Vorklinischer Campus zu überführen und den Gebäudebestand an die künftigen Strukturen anzupassen.

Eine zentrale Bedeutung werde dem Ergänzungsbau an das Zentralklinikum zukommen, der auf der Fläche des heutigen Parkdecks errichtet werden soll. Dieser 6 – 10-geschossige Neubau in einer Kammstruktur mit einer Nutzfläche von 40.000 m² solle die zentrale Operationsabteilung und eine interdisziplinäre Notfallversorgung aufnehmen sowie die Funktionen übernehmen, die bei der sukzessiven Sanierung der Bettentürme zu verlagern seien. Die Investitionskosten für dieses Projekt wurden auf 400 Mio. € beziffert, das 2015/2016 in Betrieb genommen werden soll.

Nachfragen gab es aus dem Ausschuss zur geplanten Erschließung und Parkraumversorgung, zu liegenschaftlichen Fragen und bezogen auf den Gesamtplan zum Umgang mit den Altbauten.

Der Ausschuss dankte den Berichterstatlern für die umfassende Vorstellung als Gesamtkonzeption und sprach sich dafür aus, zu den einzelnen Projekten im Informationsstand der Entwicklung gehalten zu werden.

Punkt 5.2 der Tagesordnung

Überarbeitung Neubauprojekt Alter Fischmarkt / Voßgasse

Zur Vorstellung der überarbeiteten Planung begrüßte Herr Heuer als Berichterstatler Frau Isabella Lohmann für die Investoren und Herrn Jörg Preckel als Architekten. Herr Preckel beschrieb, wie den Prüfaufträgen aus der letzten Sitzung Rechnung getragen worden war. Dazu erläuterte er mit Hilfe einer Visualisierung, dass der Blick in die Straße Alter Fischmarkt durch den Neubau nicht eingeengt werde, sondern in der Rundung des Straßenverlaufes eher freier gestellt werde, da der Baukörper die Baugrenze leicht unterschreiten werde.

Hinsichtlich der geplanten Höhen wurde das Eckgebäude von 31 m um 1,5 m auf 29,5 m reduziert; die Giebelhäuser erhielten anstelle von 17 m eine neue Höhe von 16,3 m. Eine Reduzierung um ein volles Geschoss würde in der Konsequenz dazu führen, dass Wohnen in der vorgesehenen Form an diesem Standort nicht mehr möglich wäre: angestrebt seien 15-16 Wohnungen in hochwertiger Qualität.

Zum Verfahren führte Herr Preckel aus, dass die Genehmigung zum Abriss und Neubau im Rahmen des § 34 BauGB beantragt werden solle. Da in diesem Verfahren eine Bürgerbeteiligung nicht erforderlich sei, jedoch die Investoren dem Interesse der Öffentlichkeit an Beteiligung für das Projekt gleichwohl entsprechen wollen, werde auf freiwilliger Basis eine Bürgerversammlung durchgeführt, die den Regeln der verfahrensmäßigen Bürgerbeteiligung gleichgestellt sei. Er sagte auf Nachfrage zu, das Ergebnis der Versammlung als Zusammenfassung an den Ausschuss zurückzuspiegeln.

Herr Schultheiß ergänzte, warum das Vorhaben nach Einschätzung der Verwaltung nach § 34 BauGB zu beurteilen sei: es entspreche der Umgebung in Art und Maß der Nutzung, Einfügung und Proportionalität, zudem werde die Bürgerbeteiligung durch die freiwillige Einbindung kompensiert.

Herr Heuer stellte nach Diskussion fest, dass der Ausschuss grundsätzlich unverändert mit starker Zustimmung zum Projekt stehe. Es bleibe die Sorge, dass die Höhenentwicklung im direkten Kontext nicht optimal vermittelt werden könne. Er bat die Verwaltung um Prüfung, inwieweit der umgebende Bebauungsplan mit Fokus auf die andere Straßenseite einem Änderungsverfahren zu unterziehen sei. Zugleich wünschte er dem Projekt Erfolg mit der entsprechenden „Schubkraft“ aus dem Ausschuss.

Punkt 6 der Tagesordnung

Informationen der Verwaltung an den neu besetzten Ausschuss

Vorstellung der Ämter, ihrer Zuständigkeiten und ihrer Schlüsselprojekte

Dieser Tagesordnungspunkt war von der Tagesordnung abgesetzt worden.

Punkt 7 der Tagesordnung**Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnen****Punkt 7.1 der Tagesordnung
V/0834/2009**

Städtebauliche Rahmenbedingungen für die Durchführung eines Europaweiten Vergabeverfahrens zur Veräußerung der stadtwerkeeigenen Grundstücke "ehemaliges OSMO-Gelände" sowie der zur Insolvenzmasse der Fa. Ostermann & Scheiwe GmbH & Co. KG gehörenden Grundstücke im Bereich zwischen Schillerstraße und Stadthafen 1

Herr Heuer kündigte für die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL einen gemeinsamen Änderungsantrag zur Einbringung in die kommende Ratssitzung an. Dieser Antrag solle Eingang in die Beratungen dieser Vorlage als auch der parallel laufenden liegenschaftlichen Vorlage finden.

Frau Benning beantragte für die CDU-Fraktion, die Beratung der Vorlage um eine Sitzungskette zu schieben.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss daraufhin einstimmig bei Enthaltung durch die FDP, den Tagesordnungsordnungspunkt zu vertagen.

Punkt 7.2 der Tagesordnung**Ausbau Dortmund-Ems-Kanal - Stadtstrecke Münster: Verlegung der Lichtwellenleiter-Kabeltrasse**

Herr Franke beschrieb die Ergebnisse der Gespräche, die in einem Verhandlungstermin und einer Ortsbegehung seit der letzten Sitzung erzielt werden konnten. Nach wie vor kritisch da nur als Kompromisslösung zu erzielen sei der Trassenverlauf im Wäldchen im Bereich Wolbecker Straße und Prozessionswegbrücke. Die Eingriffe in diesen sensiblen Landschaftsraum seien zumindestens bei Positionierung auf dem Trassenverlauf deutlich zu erkennen.

Der Ausschuss erklärte sich mit der Rodungsmaßnahme in diesem Bereich nicht einverstanden. Er empfahl, die Möglichkeiten der Unterfahrung des Waldbereiches mit einer Spülbohrung zu prüfen. Ausdrücklich erteilte der Ausschuss keinerlei Zustimmung, mit den Maßnahmen im Bereich des Wäldchens vor der nächsten Sitzung zu beginnen und erbat die erneute Berichterstattung in der kommenden Sitzung.

Punkt 8 der Tagesordnung**Stadtplanung**

Punkt 8.1 der Tagesordnung**Grundstück Beresa Weseler Straße / Schwarzer Kamp - Sachstand und weiteres Vorgehen****mündlicher Bericht**

Herr Kurz berichtete über Pläne des Unternehmens Beresa, den gesamten Firmenstandort aufgeben zu wollen. Hieraus ergäben sich für das Areal neue Nutzungsperspektiven. Da dem gesamten Bereich nördlich der Weseler Straße – mit Ausnahme der Gewerbestandorte GAD und Beresa – Wohnen vorbehalten sei, sei Wohnbebauung die zentrale Zielsetzung der anstehenden Überplanung des Unternehmensstandortes, zumal dieser für die gewerbliche Nutzung nur eine Standortgarantie ohne Entwicklungsmöglichkeit vorsehe.

Die Fläche von 7 ha in integrierter Lage biete die Möglichkeit eines in sich geschlossenen hochqualitativen Wohngebietes. Vorgesehen sei die Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbes mit dem Ziel, verschiedene Wohnformen zusammenzubringen, wobei die genauen Rahmenbedingungen für die Auslobung dem Ausschuss noch vorgestellt werden.

Herr Schultheiß ergänzte, dass mit Testentwürfen in den Varianten „mit und ohne“ Einbeziehung der angrenzenden Wäscherei positive Szenarien dargestellt werden konnten. Das sich an den Wettbewerb anschließende Bebauungsplansänderungsverfahren werde auf Umsetzung orientiert sein.

Der Ausschuss nahm diesen Bericht positiv zur Kenntnis.

Punkt 8.2 der Tagesordnung**Stadtbereichszentrum Mecklenbeck - Verfahrensvorschlag zur Beteiligung der Bürger****mündlicher Bericht**

Dieser Tagesordnungspunkt stand im Kontext zu den Tagesordnungspunkten 8.3 und 8.4.

Die SPD-Fraktion hatte einen Antrag zu den Vorlagen V/468/2009 und V/492/2009 eingebracht:

„Bürger/innen-Beteiligung *plus* beim Stadtbereichszentrum Mecklenbeck

Der ASSVW möge beschließen:

1. Vor Offenlegung der Planung wird die Bürgerschaft im angesprochenen Stadtbereich von Seiten der Stadt nach ihrer Meinung befragt.
2. Die Verwaltung erarbeitet und setzt hierzu ein Konzept um, mit dem eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ermöglicht wird, die
 - a) sicher stellt, dass die geplante Nutzungsänderung (Grundzüge und Ziele der Planung) breit kommuniziert wird und
 - b) eine Möglichkeit der Rückmeldung offensiv schafft und so eine informelle Abstimmung über das Projekt bietet.
3. Die Verwaltung bereitet die Ergebnisse der umfassenden Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf und informiert hierzu ASSVW und Rat.
4. Die Beschlussfassung über die Offenlegung sowie die geplante Änderung (V/492/2009) des Flächennutzungsplanes wird bis dahin zurück gestellt.“

Herr Schowe berichtete, dass die Verwaltung angesichts der breiten Diskussion um die Ent-

wicklung des Stadtbereichszentrums beabsichtige, vor der öffentlichen Auslegung der Änderungsplanung zum Flächennutzungsplan bzw. des Bebauungsplans eine öffentliche Veranstaltung zur Beteiligung der Bürgerschaft durchzuführen. Besonders geeignet erscheine eine Diskussionsveranstaltung vor Ort, um mit einem Podium aus Vertreterinnen und Vertretern der befürwortenden und konträren Standpunkte in Diskussion und Dialog einzutreten. Die Verwaltung sei bemüht, die Veranstaltung zeitnah vorzubereiten und möglichst bis April durchzuführen.

Herr Heuer stellte für seine Fraktion fest, dass mit diesem Vorschlag dem Antrag der SPD-Fraktion angemessen Rechnung getragen werde, so dass dieser Antrag nur noch als Anregung mit ergänzenden Hinweisen verstanden werde.

Frau Benning kündigte an, dass sich die CDU-Fraktion mit einem Fragenkatalog einbringen werde.

Frau Bennink (Bündnis 90/Die Grünen/GAL) regte an, die Vorlagen V/468/2009 und V/492/2009 erst nach Durchführung dieser Bürgerbeteiligung wieder für die Beratung in den Gremien vorzusehen.

Der Ausschuss sprach sich daraufhin einvernehmlich dafür aus, die Veranstaltung zur Beteiligung der Bürgerschaft nach dem Vorschlag der Verwaltung durchzuführen.

Punkt 8.3 der Tagesordnung V/0492/2009	29. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich östlich der Heroldstraße / südlich der Weseler Straße im Stadtteil Mecklenbeck Beschluss zur Änderung
---	---

Dieser Tagesordnungspunkt war von der Tagesordnung abgesetzt worden.

Punkt 8.4 der Tagesordnung V/0468/2009	Vorhabenbezogene 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 342: Mecklenbeck - Weseler Straße / Autobahnzubringer (B 51a) / Bahnstrecke Wanne-Eickel - Bremen / Heroldstraße Kenntnisnahme des Entwurfes
---	--

Dieser Tagesordnungspunkt war von der Tagesordnung abgesetzt worden.

Punkt 8.5 der Tagesordnung V/0842/2009	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 519: Hiltrup - Westlich Meesenstiege / Milingheide 1. Beschluss über die Stellungnahmen 2. Satzungsbeschluss
---	---

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss mehrheitlich mit den Für-Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von Bündnis90/Die Grünen/GAL und Enthaltung durch die LINKE, dem Rat den Beschlussvorschlag zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander wird den nachfolgenden Stellungnahmen zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 519: Hiltrup – Westlich Meesenstiege / Milingheide nicht gefolgt:
 - 1.1 Der Kritik an der Nichteinbeziehung des Grundstücks Meesenstiege Nr. 74 in das Plankonzept (Anlage 1, Punkt 1 a).
 - 1.2 Dem Einwand gegen den planerischen Umgang mit der ehemaligen Hofstelle Meesenstiege 56/58 (Anlage 1, Punkt 1 b).
 - 1.3 Der Beanstandung des der Bebauung zugrundeliegenden Lärmschutzkonzeptes (Anlage 1, Punkt 1 c).
 - 1.4 Der Bemänglung einer unzureichenden Ermittlung etwaiger Anspruchsvoraussetzungen auf passiven Lärmschutz gemäß BImSchV für die Bestandsbebauung (Anlage 1, Punkte 1 d und 2).
 - 1.5 Der Befürchtung einer Verschlechterung der Verkehrs- und Immissionssituation im Einmündungsbereich Meesenstiege / Wielandstraße und der Forderung nach geeigneten Abhilfemaßnahmen (Anlage 1, Punkte 1 e und 2).
 - 1.6 Der Einschätzung, die geplanten Bushaltestellen in Höhe der Wielandstraße seien nicht erforderlich (Anlage 1, Punkt 1 f).
 - 1.7 Der Forderung nach Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der Meesenstiege (Anlage 1, Punkt 2).
 - 1.8 Der Anregung, den Kreuzungsbereich Wielandstraße / Meesenstiege als Kreisverkehr auszubilden (Anlage 1, Punkt 3).
 - 1.9 Der Verneinung eines Bedarfes für eine Wohnbauentwicklung in dem angestrebten Umfang (Anlage 1, Punkt 4).
 - 1.10 Dem Vorwurf des mangelnden Ausgleichs für den massiven Eingriff in Flora und Fauna (Anlage 1, Punkt 4).
 - 1.11 Der Ansicht, die soziale Infrastrukturausstattung sei nicht ausreichend (Anlage 1, Punkt 4).
 - 1.12 Der Besorgnis über eine unzureichende Untersuchung auf Kampfmittel aus dem 2. Weltkrieg (Anlage 1, Punkt 4).
 - 1.13 Der Befürchtung von Grundwasserabsenkungen infolge des neuen Baugebietes (Anlage 1, Punkt 4).
2. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 519: Hiltrup – Westlich Meesenstiege / Milingheide wird gemäß §§ 2 und 10 in Verbindung mit § 12 Baugesetzbuch und §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NW als Satzung beschlossen.

Die Begründung mit Umweltbericht zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 519 wird ebenfalls beschlossen.

Mit der Rechtskraft des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 519 treten die beiden Bebauungspläne HI 8 – Hiltrup-West und VBP 4: Hiltrup – Ortsteilzentrum Hiltrup-West (westlich der Meesenstiege), soweit sie vom neuen Plan überlagert werden, teilweise außer Kraft.

II. Kosten/Folgekosten

Der Stadt Münster entstehen durch den vorhabenbezogenen Bebauungsplan keine Kosten. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 519 beinhaltet den Vorhaben- und Erschließungsplan. Der Vorhabenträger übernimmt die sich aus der Planung ergebenden Kosten entsprechend dem Durchführungsvertrag.

Punkt 8.6 der Tagesordnung**Umnutzung/Abriss/Neubau Areal Kirche St. Elisabeth, Dortmunder Straße****mündlicher Bericht**

Herr Krause berichtete, dass die Verwaltung das Konzept geprüft habe und das Projekt so wie vor einem Jahr vorgestellt realisierbar erscheine.

Dies nahm der Ausschuss mit Zustimmung zur Kenntnis.

Punkt 8.7 der Tagesordnung**Spielhalle in Mecklenbeck**

Die Tagesordnung war um diesen Punkt erweitert worden, da die Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen/GAL von der Verwaltung Aufklärung zum Sachverhalt erbeten hatte.

Herr Schowe rief die Ergebnisse der Beratungen in der Bezirksvertretung Münster-West und im Ausschuss aus Mai 2009 betreffend das Bebauungsplanänderungsverfahren Nr. 342. Anlässlich der Beratung des Aufstellungsbeschlusses zur 3. Änderung des Bebauungsplanes 342 in der Sitzung der Bezirksvertretung Münster-West am 30.04.2009 hatte die Bezirksvertretung Münster-West beschlossen, das Plangebiet größer zu fassen und somit über den Bereich des geplanten Stadtbereichszentrums hinaus auszudehnen, um auch in diesem erweiterten Bereich Spielhallen auszuschließen. Diese Anregung war in der Sitzung des Planungsausschusses am 07.05.2009 von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL zum Antrag erhoben worden. Allerdings war der Ausschuss der städtebaulich und planungsrechtlich begründeten Stellungnahme der Verwaltung gefolgt und hatte daher diesen Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt. Auch in der Sitzung des Rates am 13.05.2009 ist der Antrag anlässlich der Beratung zur Änderung des Bebauungsplanes 342 abgelehnt bzw. nicht aufgegriffen worden. Somit wurde der Änderungsbereich des Bebauungsplanes 342 nicht erweitert.

Der mit Datum vom 29.10.2009 erfolgten Genehmigung des am 20.07.2009 beantragten Vorhabens stand somit kein Ausschlussgrund entgegen.

Diese Information nahm der Ausschuss zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung**Bauvorhaben****Punkt 9.1 der Tagesordnung****Errichtung eines LWL-Parkdecks, Karlstraße****mündlicher Bericht**

Herr Schultheiß informierte über den Sachstand: der Landschaftsausschuss hatte am 17.09.2009 einen Grundsatzbeschluss gefasst zur möglichen Errichtung einer Parkpalette mit 180 Stellplätzen für die eigene Nutzung (56 Plätze) und darüber hinaus gehend für den Stellplatzbedarf der neuerrichteten NRW.Bank. Seinerzeit waren die Anforderungen der Stadt bezo-

gen auf das angrenzende Baudenkmal und zugleich Grünanlage des „Hörster Friedhofs“ formuliert worden.

Aktuell werde diskutiert, ob es die Neuerrichtung der Stellplatzanlage erforderlich mache, das auf dem Grund befindliche ehemalige Tankstellengebäude, errichtet durch den Architekten March, zu beseitigen, und ob diesem Gebäude Denkmalqualität zukomme.

Das Verfahren zur Überprüfung des Denkmalwertes sei eingeleitet, hier komme dem LWL, der durch sein Fachamt – das Amt für Denkmalpflege in Westfalen – zuständig sei für die gutachterliche Bewertung, die Eigenschaft eines „sachkundigen“ Bauherrn zu, der eine ggf. bestehende Denkmaleigenschaft in seinen Planungen mit zu betrachten habe.

Herr Thielen ergänzte, dass der Standort für ein allgemein zugängliches Stellplatzangebot durchaus positiv zu bewerten sei, wenngleich die an diesem Standort hohen Qualitätsanforderungen in städtebaulicher und architektonischer Hinsicht noch zu formulieren seien. Auf Nachfrage von Herrn Heuer fügte er hinzu, dass Standortalternativen noch nicht geprüft worden seien.

Frau Bennink regte an, den Stellplatzbedarf genau zu analysieren, die vorhandenen Parkhäuser dabei mit einzubeziehen bzw. die Möglichkeiten einer Tiefgaragenlösung zu prüfen. Herr Raffloer gab zu bedenken, dass die verkehrliche Situation an der Karlstraße zur Erschließung einer Stellplatzanlage dieser Größenordnung problematisch erscheine. Frau Benning sprach sich dafür aus, diese Anregungen und Bedenken im Protokoll zu formulieren.

Einvernehmlich stellte der Ausschuss fest, zum weiteren Verfahren einschließlich der möglichen denkmalrechtlichen Unterstutzstellung informiert werden zu wollen. Sodann wurde der Tagesordnungspunkt geschlossen.

Punkt 9.2 der Tagesordnung

Vorstellung der Wettbewerbsergebnisse des Studentenwerkes, Boeselagerstraße

mündlicher Bericht

Herr Kurz informierte über das Ergebnis des für den geplanten Neubau der Wohnanlage des Studentenwerkes Münster durchgeführten Landeswettbewerbes zum Ersatz der Studentenwohnungen. Dem Entwurf Das Architekturbüros Kresing war als erster Preisträger aus dem Wettbewerb hervorgegangen und solle im März 2010 durch das Landesbauministerium ausgezeichnet werden.

Das Studentenwerk als Bauherr plane den Entwurf zu realisieren.

Der Ausschuss nahm dieses nach einigen Nachfragen, u. a. zur Organisation des Stellplatzangebotes und zum geplanten zeitlichen Projektfortschritt zur Kenntnis und äußerte als Erwartung, dass das Studentenwerk das Vorhaben zum Zeitpunkt der Preisverleihung konkretisieren möge.

Punkt 10 der Tagesordnung

Verkehr

**Punkt 10.1 der Tagesordnung
V/0810/2009**

**Bebauungsplan Nr. 533: Wolbeck - Eschstraße
(zwischen Silberbrink und Ortsumgehung)
Beschluss zur Aufstellung**

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss die Vorlage mehrheitlich mit den Für-Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von Bündnis90/Die Grünen/GAL und Enthaltung durch die LINKE.

Beschluss:

I. Sachentscheidung:

Für den Ausbau der Eschstraße zwischen der Straße Silberbrink und der Ortsumgehung Wolbeck ist gemäß § 2 (1) BauGB ein Bebauungsplan unter anderem zur Festsetzung der Verkehrsflächen aufzustellen.

Innerhalb dieses Gebietes liegen folgende Grundstücke:

Gemarkung Wolbeck-Stadt, Flur 1, Teile der Flurstücke 1226, 2467, 2566, 2768, 3238

Gemarkung Wolbeck-Kspl., Flur 13, Teile der Flurstücke 71, 72, 73, 74, 76, 79, 80, 150, 213, 712, 715, 740, 777, 976

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadt Münster durch den Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes keine Kosten und keine Folgekosten entstehen.

**Punkt 10.2 der Tagesordnung
V/0469/2009/1**

**Entschärfung der Situation für die Radfahrer auf
der Schillerstraße im Bereich von der Kanalbrücke
bis zum Hansaring**

**Anregung gemäß § 24 GO NRW von Frau Kotzke
vom 26.04.2007 (Ifd. Nr. 46/2007, Anlage
1)Kanalbrücke bis zum Hansaring**

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss die Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage einstimmig.

Beschluss:

I. Sachentscheidung:

1. Das Prüfergebnis zum Ergänzungsantrag (Anlage 3) vom 24.09.2009 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Planung zur Markierung eines Schutzstreifens entsprechen Lageplan 2 wird zugestimmt.

Der Antrag für die Entschärfung der Situation für die Radfahrer auf der Schillerstraße im Bereich von der Kanalbrücke bis zum Hansaring, Anregung gem. § 24 GO NRW Nr. 46/2007, ist damit erledigt.

**Punkt 10.3 der Tagesordnung
VI/0467/2009**

Von-Esmarch-Straße - Verbesserung der Haltestelle und Fahrbahnsanierung - Umbau der Bushaltestelle "Hautklinik" (Fahrtrichtung - stadteinwärts) als Fahrbahnrandhaltestelle und ausstehende Erneuerung der Straße zwischen Fliednerstraße und Muckermannweg

Der Ausschuss nahm zur Kenntnis, dass die Bezirksvertretung Münster-West die Vorlage mehrheitlich abgelehnt hatte.

Herr Fastermann stellte fest, dass die Maßnahme insgesamt kostenintensiv sei und sprach sich für die SPD-Fraktion dafür aus, nur den barrierefreien Ausbau der Haltestelle zu realisieren.

Nach Aussprache und ergänzenden Erläuterungen durch die Verwaltung verständigte sich der Ausschuss auf die folgende Formulierung für den Änderungsantrag:

„Die Planung zum Umbau der Bushaltestelle „Hautklinik“ wird auf den im Plan rot skizzierten Bereich beschränkt. Damit wird dem barrierefreien Ausbau der Haltestelle einschließlich der für diesen Ausbau notwendigen Verschwenkung des Radweges zugestimmt. Dies entspricht in der Darstellung der Gesamtkosten unter Ziffer II. des Beschlussvorschlages dem 1. Spiegelstrich, der die Kosten für die Maßnahme mit 88.000 € beziffert.“

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss stimmte diesem Änderungsantrag mehrheitlich mit Für-Stimmen von CDU, SPD, FDP und LINKE gegen die Stimmen von Bündnis90/Die Grünen/GAL zu.

Der Beschlusstenor der Vorlage erhält damit die nachstehende geänderte Fassung.

Beschluss:

I. Sachentscheidung:

Der Planung zum Umbau der Bushaltestelle „Hautklinik“ auf der Von-Esmarch-Straße als Fahrbahnrandhaltestelle ~~und der Verbreiterung des Grünstreifens entsprechend dem Ausbauplan von Oktober 2009 (Anlagen 1 und 2)~~ **wird zugestimmt, soweit sie sich auf den im Plan rot skizzierten Bereich beschränkt. Damit wird dem barrierefreien Ausbau der Haltestelle einschließlich der für diesen Ausbau notwendigen Verschwenkung des Radweges zugestimmt.**

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für den gesamten Umbaubereich Kosten in Höhe von ca. 429.000,00 € entstehen ~~würden.~~ **Für den barrierefreien Umbau der Bushaltestelle „Hautklinik“ reduzieren sich die Gesamtkosten auf 88.000 €.**

Die ~~setzen Gesamtkosten sich wie folgt zusammen:~~

barrierefreier Umbau der Bushaltestelle „Hautklinik“	ca. 88.000,00 €
Fahrbahnsanierungsarbeiten	ca. 190.500,00 €
Verlegung Radweg und Verbreiterung Grünflächen	ca. 100.500,00 €
vorsorgliche Kosten für Altlastenentsorgung	ca. 50.000,00 €

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Mit der Durchführung der Sachentscheidung entstehen im Jahr 2010 bei der Maßnahme „1201 – Bereitstellung von Verkehrsflächen und –anlagen“ im Teilergebnisplan im Budget „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“

Auszahlungen

in Höhe von ca. ~~429.000,00 €~~ **88.000,00 €**

sowie
Einzahlungen

in Höhe von ca. 66.000,00 €

Die darin enthaltenden Kosten für den barrierefreien Umbau der Haltestellen belaufen sich auf ca. 88.000,00 €. Dieser Umbau ist zu 75 % förderfähig, die Höhe der Kostenerstattung durch das Land beträgt ca. 66.000 €.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Maßnahmen unter dem Vorbehalt der Mittelbereitstellung durch das Land und des Eigenteiles der Stadt durch den Rat im Rahmen der Haushaltsatzung 2010 stehen.

Punkt 10.4 der Tagesordnung V/0846/2009	Bauliche Optimierungsmaßnahmen zur Beseitigung einer Unfallhäufungsstelle im Bereich Wilkinghege/Gasselstiege
--	--

Dieser Tagesordnungspunkt war von der Tagesordnung abgesetzt worden.

Punkt 10.5 der Tagesordnung V/0688/2009	Geschwindigkeitsreduzierung auf der Dorbaumstraße Anregung nach § 24 GO NW von Fam. Krebs vom 21.08.2009 (Ifd.Nr. 123/2009)
--	--

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss die Vorlage einstimmig.

Beschluss:

I. Sachentscheidung:

1. Der Anregung nach § 24 GO NW (Ifd. Nr. 123/2009) zur Ausweitung der Geschwindigkeitsreduzierung von 30 km/h auf den Bereich der Dorbaumstraße zwischen Handorfer Straße und Heriburgstraße wird nicht gefolgt.

Punkt 10.6 der Tagesordnung V/0746/2009	Querungshilfe Hohe Geest in Höhe des Spielplatzes südlich der Einmündung Gorenkamp
--	---

Herr Winter regte an zu prüfen, ob Fahrbahneinengungen durch Baumscheiben realisierbar sind und nannte als Vergleichsbeispiel die Straße Am Dornbusch in Amelsbüren.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss fasste seinen Beschluss einstimmig.

Beschluss:

I. Sachentscheidung:

Der Planung zum Bau einer Querungshilfe in der Straße Hohe Geest in Höhe des Spielplatzes südlich der Einmündung Gorenkamp gem. Anlage 1 wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob Fahrbahneinengungen durch Baumscheiben realisierbar sind.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Herstellungskosten in Höhe von ca. 15.000,00 Euro aber keine Folgekosten entstehen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist im Teilergebnisplan 2010 nicht finanziert. Die erforderlichen Mittel werden für den Teilergebnisplan 2011 angemeldet.

Punkt 11 der Tagesordnung

Verschiedenes

Es gab keine Wortbeiträge.

Ende des öffentlichen Sitzungsteils: 21.10 Uhr

gez.

Wolfgang Heuer
Vorsitz

gez.

Regina Dittmer
Schriftführung



Antrag

11. Januar 2010

Entwicklungsmöglichkeiten im Stadtteil Handorf vor dem Hintergrund der Schließung des Freibades und der notwendigen Erweiterung der Sportflächen darstellen und im Zusammenhang mit dem Vorhaben der sozialen Wohnraumversorgung auf den Weg bringen

Der Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft möge beschließen:

Im November 2005 hat der Rat der Stadt Münster beschlossen, dass Frei- und Hallenbad im Stadtteil Handorf aus der städtischen Trägerschaft zu entlassen. Das Freibad wurde zwischenzeitlich geschlossen. Das Hallenbad wird mittlerweile als Bürgerbad Handorf betrieben und hat eine Chance als dauerhaftes Angebot bestehen zu bleiben.

Aus diesem Grund und vor der Tatsache der Notwendigkeit von Bedarfen für den TSV Handorf, sowie aktueller Beschlüsse des Rates der Stadt Münster (Vorlage 244/2009) wird die Verwaltung beauftragt,

- a. Möglichkeiten zur Verlagerung des Sportgeländes auf die östliche Seite der Hobbeltstraße zu prüfen und ggf. zu entwickeln;
- b. Im Gegenzug Überlegungen anzustellen, die jetzige Sportfläche am Kirschgarten, einschließlich der Fläche des Freibades als Wohnbaufläche zu entwickeln;
- c. darüber hinaus im Zusammenhang mit der "Innenentwicklung" zu prüfen, ob das derzeitige Feuerwehrgerätehaus ebenfalls auf die östliche Seite der Hobbeltstraße an eine geeignete Stelle verlagert werden kann.

Begründung:

Nach Einschätzung der CDU-Fraktion ist es erforderlich, zeitnah Perspektiven zur Nutzung der freiwerdenden Flächen aufzuzeigen. Die Umsetzung kann und sollte auch mit Rücksicht auf das Baugebiet "Drei Eichen" mittelfristig erfolgen. Dazu sollten die städtebaulichen und planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Wohnbebauung der Gesamtflächen des Freibades und der Sportanlage geprüft werden.

Die Lage dieser Flächen, eingebunden zu drei Seiten in vorhandene Wohnbebauung sprechen dafür, dieses Areal einer Wohnbebauung zuzuführen. Die CDU geht davon aus, dass eine auf die Fläche des Freibades beschränkte Bebauung für Handorf nicht zielführend ist. Erhebliche Konflikte insbesondere zwischen den neuen Bewohnern und den Nutzern des Sportzentrums sind vorgezeichnet. Diese Konflikte werden auch trotz kosten trächtiger Lärmschutzmaßnahmen entstehen. Schon die vorhandene Parkplatzsituation wird planerisch nur schwer zu lösen sein und im Nachhinein für Konfliktstoff sorgen. Außerdem wird es dann zukünftig an dieser Stelle keinerlei Entwicklungsmöglichkeiten für den Sportverein, TSV Handorf geben.

Der große Vorteil des neuen Wohngebietes sind die Lage zum Ortskern und die vorhandenen öffentlichen Strukturen. Kindergarten und Schule sind fußläufig zu erreichen und müssen nicht neu gebaut bzw. geplant werden. Dadurch können erhebliche finanzielle Mittel eingespart werden.

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Münster

Fraktionsgeschäftsstelle
Mauritzstraße 7-8 · 48143 Münster
Telefon (0251) 4 18 43-0 · Telefax (0251) 4 31 36
e-mail fraktion@cdu-ms.de · <http://www.cdu-ms.de>

Die integrierte Lage des neuen Wohngebietes bietet sich geradezu für modellhaftes Bauen an. Aus Sicht der CDU könnten Modelle für das Zusammenleben von Senioren und Familien sowie von Alleinerziehenden entwickelt werden.

Unter Hinweis auf die Vorlage 244/2009 sei die Anmerkung gestattet, dass an dieser Stelle ganz besonders die gewünschten Effekte umzusetzen sind.

Südlich der Fläche des Freibades wurde vom Heimatverein das Heimathaus gebaut. Dieses hat sich zwischenzeitlich hervorragend entwickelt und genießt in der Bürgerschaft einen hohen Stellenwert. Bei der Bebauung ist dies unbedingt zu berücksichtigen. Es wäre zu überlegen, die Lage zum Juffernbach und zum angrenzenden Heimathaus zu nutzen, einen kleinen Teil als öffentliche Grünfläche vorzusehen. Dies könnte als behutsame Weiterentwicklung des schon jetzt schon vorhandenen Weges entlang des Juffernbachs geschehen. Es sollte auch berücksichtigt werden, dass bei den Planungen dem Heimatverein eine Chance zu einer späteren angemessenen Erweiterung gegeben werden muss.

Voraussetzung für die Überplanung der gesamten Fläche (einschließlich des Sportzentrums des TSV) ist natürlich, dass für das Sportzentrum ein Ersatzstandort gefunden wird. Dieser könnte nach Meinung der CDU Handorf östlich der Hobbeltstraße der Fall sein. Dort befinden sich nach unserem Kenntnisstand Grundstücksflächen im Eigentum der Stadt, bzw. der Wohn- und Stadtbau. Diese Flächen bieten sich als Ersatzstandort an. Bei der Suche nach einem neuen Standort für das Sportzentrum Handorf gehen wir davon aus, dass die Ersatzfläche groß genug ist, um

- eine ausreichende Anzahl von erforderlichen Sportplatzflächen zu berücksichtigen, um insbesondere den Bedarf der Jugendmannschaften abdecken zu können.
- Entsprechend den heutigen Erfordernissen sollte ein Platz als Kunstrasenplatz hergerichtet werden.
- Ersatz für die derzeit provisorisch in Teilen der Kita "Am Juffernbach" untergebrachte Geschäftsstelle und des Vereinsheim geschaffen werden kann und Räumlichkeiten für einen angemessenen Sport und Freizeitbereich sowie für derzeit nur eingeschränkt durchzuführende Sportarten vorgesehen werden können.

Die grundsätzlichen Überlegungen haben des Weiteren dazu geführt, darüber nachzudenken, ob das derzeitige Feuerwehrgerätehaus noch an der richtigen Stelle liegt. Schon jetzt liegt es komplett im Wohnbaubereich. Eine im Jahr 2013 anstehende Komplettsanierung könnte eingespart werden. Ein Neubau wäre letztlich wirtschaftlicher und unterstützt damit die Überlegung über einen Neubau an geeigneter Stelle (aus Sicht der Feuerwehr) nachzudenken.

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die Vermarktung der Flächen "Drei Eichen" in die zeitlichen Überlegungen einzubeziehen ist. "Sprunginvestitionen" sind zu vermeiden.

Für die Fraktion

Sybille Benning
Walter von Göwels
Bruno Kleine Borgmann
Josef Rickfelder

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Münster

Fraktionsgeschäftsstelle
Mauritzstraße 7-8 · 48143 Münster
Telefon (0251) 4 18 43-0 · Telefax (0251) 4 31 36
e-mail fraktion@cdu-ms.de · <http://www.cdu-ms.de>

Anlage 2 zu TOP 4:

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster



Münzstr. 15
48143 Münster
Telefon: 0251/ 45 314
Fax: 0251/ 511 750
spdfrak@muenster.de
www.spd-muenster.de

Antrag an den ASSVW 28.01.2010

Informationen für die Bus-Fahrgäste verbessern: Aktuelle Verspätungsinfos per Handy und Internet ermöglichen

Der Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit den Stadtwerken Münster die Fahrgastinformationen an allen Bushaltestellen über die aktuellen Abfahrtszeiten zu verbessern. Dafür sollen Möglichkeiten geprüft werden, das bestehende Rechner gestützte Betriebsleitsystem (RBL) der Stadtwerke Münster um Schnittstellen zu erweitern, die es erlauben, Informationen über die aktuellen, tatsächlichen Abfahrtszeiten für jede Haltestelle abzurufen

- über das Internet – auf einer Seite, die auch mit mobilen Geräten abrufbar ist,
- über einen Kurzmitteilungs-Service (SMS) und
- über ein Sprachdialog-System per Telefon.

Die Verwaltung wird beauftragt, über Realisierungsmöglichkeiten und Kosten sowie Fördermöglichkeiten zu berichten und einen Vorschlag zur Umsetzung vorzulegen.

Begründung:

Nicht nur in der aktuellen Wetterlage ist es nicht auszuschließen, dass es zu Verspätungen im Busverkehr kommt. Für die Fahrgäste sind zusätzliche Wartezeiten an den Haltestellen und die Unsicherheit, wann das Fahrtziel erreicht wird, mindern die Attraktivität des Busverkehrs erheblich.

Die vorhandene Technik in Form des RBL der Stadtwerke ermöglicht Informationen über die aktuellen und tatsächlichen Abfahrtszeiten (IST-Zeiten). Allerdings sind diese Informationen derzeit nur für betriebsinterne Zwecke an der Leitstelle der Stadtwerke und an zentralen Haltestellen durch dynamische Fahrgastinformationen verfügbar.

Die Fahrgäste sind mit der verbesserten Informationen sehr zufrieden, wie u.a. in der Vorlage 499/2005 ausgeführt wird. Allerdings ist es auch Kostengründen mittelfristig unrealistisch, neben zentralen und am stärksten frequentierten Haltestellen, für eine flächendeckende Information mit fest installierten Anzeigetafeln im gesamten Stadtgebiet zu sorgen.

Darum sollen die technischen Möglichkeiten genutzt werden und aktuelle Fahrplaninfos für die Nutzerinnen und Nutzer von Internet und Mobiltelefonen verfügbar gemacht werden. So können sich die Fahrgäste an sämtlichen Haltestellen in der Stadt Münster mit Echtzeit-Fahrplaninformationen versorgen, die auch eventuelle Verspätungen berücksichtigen.

gez.

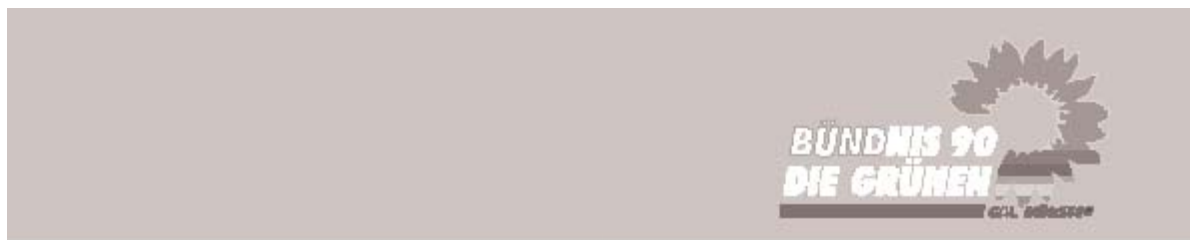
Thomas Fastermann

Wolfgang Heuer

Inge Jachmann

Friedhelm Schade

Karlhein Winter



GAL WINDTHORSTSTR. 7 48143 MÜNSTER

Antrag an den Planungsausschuss

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen/
GAL Münster

Windthorststraße 7
48143 Münster
Tel: 0251 8 99 58-10
Fax: 0251 8 99 58-15
E-Mail: ratsfraktion@gruene-
muenster.de
www.gruene-muenster.de

Münster, 28. Januar 2010

Der ASSVW möge beschließen:

Der Landesentwicklungsplan 2025 und die Fortschreibung des Regionalplanes stellen in erheblichem Umfang strukturelle Weichen für die nächsten 15 Jahre im Lande Nordrhein-Westfalen und damit auch im Bereich der Stadt Münster.

Vor diesem Hintergrund kann es nicht allein der Verwaltung überlassen werden, Vorschläge für die Gebietsentwicklung im Bereich der Stadt Münster, insbesondere Vorschläge für die Entwicklung von Gewerbeflächen, zu machen.

Es ist vielmehr erforderlich, die Politik vollumfänglich in dem Prozess der Entwicklung von Vorschlägen sowie in den Entscheidungsprozess über die konkreten Vorschläge einzubinden.

Die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL Münster stellt daher folgenden Antrag:

1.
Die Verwaltung wird verpflichtet, den zuständigen Fachausschuss kontinuierlich über die Entwicklung von Vorschlägen zur Gebietsentwicklung im Bereich der Stadt Münster zum Landesentwicklungsplan NRW und zu der Fortschreibung des Regionalplanes, insbesondere hinsichtlich Gewerbeflächen, zu informieren.
2.
Vorschläge zur Gebietsentwicklung im Bereich der Stadt Münster zum Landesentwicklungsplan NRW und zu der Fortschreibung des Regionalplanes, insbesondere hinsichtlich Gewerbeflächen, bedürfen der vorherigen Zustimmung des zuständigen Fachausschusses.

Begründung:

erfolgt mündlich

gez. Helga Bennink
und Fraktion